



Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni

Schon wieder Geld verschwenden?

Wir sind doch nicht blöd!



Olympia Zwängerei

NEIN

Mit Vernunft gegen Milliardenbschiss und Verschwendung

Von Philipp Wilhelm

Kaum ins neue Jahr gestartet stehen bereits wichtige Abstimmungen an. Für die Menschen in diesem Land und in unserem Kanton steht am 12. Februar viel auf dem Spiel. Mit dem Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform drei (USR III) muss die SP eine gefährliche Abbauvorlage bekämpfen und beim erneuten Anlauf einer Bündner Olympiakandidatur gilt es, weitere Geldverschwendung zu stoppen. Beide Vorlagen sind Griffe in die Staatskasse, bei

Inhalt

Unternehmenssteuerreform III	1
Olympiakandidatur?	3-7
Unternehmenssteuer- Beschiss	8
Erleichterte Einbürgerung	10
Strassenfond NAF	11
Blog	12
Leute: Anita Caflisch Müller	14
JUSO	15
Letzte Seite	16



Ausblick des Parteipräsidenten

denen wenige profitieren, aber alle bezahlen müssen.

Statt eine ausgewogene Vorlage zu präsentieren, verteilte das rechtsbürgerliche Parlament bei der USR III munter Geschenke an Konzerne und Grossaktionäre. Der öffentlichen Hand blühen Milliardenausfälle in unbestimmter Höhe. Klar ist: Die letzte USR-Vorlage wurde viel teurer als angekündigt und der schädliche Steuerwettbewerb wird mit USR III weiter angeheizt. Profitieren werden wenige, bezahlen werden Normalverdienende und KMU. Auch Bündner Gemüter sollten beunruhigt sein, denn mit der geplanten Anpassung beim Finanzausgleich legen wir deutlich drauf und eine weitere Steuerensenkungsspirale ist zudem nie im Interesse eines peripher gelegenen Kantons mit kostenintensiver Infrastruktur. Bündens Bürgerliche aber stimmen noch vor der Volksabstimmung in die Steuerensenkungsmelodie ein und reduzieren die Steuerfüsse für Grossunternehmen. Angeleitet ist diese fehlgeleitete Politik vom Chef der Bündner Arbeitgeber, Heinz Dudli.

Es ist der Heinz Dudli, der kürzlich mit einem Bettelbrief alle Bündner Gemeinden um Gelder für die Olympia-Kampagne ersuchte. Eine ungeheure Frechheit. Es ist nicht vier Jahre her, seit das Stimmvolk Olympische Spiele ablehnte. Das ist Politikern und Funktionären wie Dudli recht egal. Die Olympia-Zwängler machen ungeniert hohle Hand beim Staat.

Unerhört ist, dass das mit Steuergeld finanzierte Grobkonzept für geheim erklärt wurde. Die Promotoren wollen auch nichts an die Kandidaturkosten beisteuern. Sie zeigen also nicht, dass sie in Olympia eine lohnenswerte Investition sehen. Die SP engagierte sich in den letzten Monaten für eine breitere Finanzierung und wollte mehr Klarheit und Transparenz im Olympia-Dossier. Doch der Grosse Rat stimmte der Vorlage ohne Korrekturen zu, aller offensichtlichen Mängel zum Trotz: Die Host City steht nicht fest, Konzepte für Sicherheit und Verkehr fehlen, Partner sind nicht im Boot und es gibt keine roten Linien. Ohne diese Grundlagen wird von nachhaltigen Spielen gesprochen und die Macht des Monopolisten IOC wird völlig unterschätzt. Olympia soll einziges, allheilendes Wundermittel sein, die ausnahmslose Geldverschwendung der letzten Jahrzehnte wird ausgeblendet. Die SP Graubünden hat sich intensiv mit der Olympia-Vorlage befasst und zeigt in dieser Concret-Ausgabe vielschichtig auf, weshalb wir am 12. Februar nicht nur ein NEIN zur schädlichen USR III brauchen, sondern auch die Olympia-Zwängerei entschieden bekämpfen müssen. Ich wünsche einen guten Start ins Jahr 2017 und freue mich auf gemeinsames Engagement für alle statt für wenige.



Philipp Wilhelm, Präsident
SP Graubünden, Davos

Der Parteivorstand der
SP Graubünden hat zur
**Unternehmens-
steuerreform III** und zu
Olympia 2026 die **NEIN-
Parole** gefasst.

Olympiakandidatur Graubünden?

Kantonale Abstimmung vom 12. Februar 2017



Stefan Grass, Leiter des Komitees Olympiakritisches Graubünden seit 2000, Chur

Olympia & IOC: Der Monopolist als Risikofaktor

Von Stefan Grass

Seit 1915 hat das International Olympic Committee (IOC) seinen Sitz in Lausanne und ist ein nach Schweizer Recht eingetragener Privatverein. Das IOC verfügt über die Olympischen Spiele und ist «Eigentümer» der olympischen Symbole und der Spiele. Olympische Winterspiele sind heute kein völkerverbindendes Sportereignis, sondern ein grosses Geschäft für die Geldmaschine IOC. In seiner Olympischen Charta sind keine ethischen oder sportphilosophischen Abhandlungen zu finden, im Gegenteil: In ihr und in dem Host City Contract mit den Gastgeberorten sind die Geschäftsbedingungen für die Vergabe der Olympischen Sommer- oder Winterspiele geregelt. Das IOC raubt den Gemeinden mit seinem Host-City-Vertrag jegliche Selbstbestimmung. Die willkürliche Zuweisung aller Risiken und Pflichten an die Austragungsorte und aller Rechte an das IOC stösst in der Bevölkerung der betroffenen Regionen regelmässig auf Ablehnung. Wenn eine Kandidatur den Zuschlag bekommt, dann regelt das IOC mit den Austragungsorten einseitig die Bedingungen für die Vergabe der Olympischen Winterspiele – bis ins Detail.

Die Promotoren von «Graubünden und Partner 2026» versprechen sich durch die Spiele mehr Einnahmen im gebeutelten Tourismusgeschäft.

Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass Olympische Spiele immer mehr Kosten verursachen als Geld bringen. Statt dessen stellen sie für das Gastgeberland ein erhebliches finanzielles Risiko dar. Die Erwartung an zusätzliche Wertschöpfung nach den Spielen ist unrealistisch. Keine einzige wissenschaftliche Studie kann nachweisen, dass die Spiele eine mittel- bis langfristige positive Wirtschaftsentwicklung für die durchführende Region bewirkten. Es steht bei Einreichen der Kandidatur nicht fest, welche und wie viele Wettbewerbe durchgeführt werden. Die gesamten Kosten sind gigantisch: für die Durchführung, für alle Infrastrukturen und die Staatsgarantie für die Sicherheit in Zeiten des Terrors können die Gesamtkosten zwischen fünf bis zehn Milliarden Franken auflaufen. Dabei gilt für den Ausrichterstaat eine unbegrenzte Defizitgarantie gemäss Host-City-Vertrag. Die Gewinne aus Fernseh- und Sponsoreneinnahmen hingegen kassiert das steuerbefreite IOC. Es gibt keine verbindlichen Zusagen des IOC, dass an den Entscheidungsgrundlagen, auf denen eine Volksabstimmung basiert, nichts mehr geändert wird. Nicht im Februar 2017 und nicht im September 2018. Daher sollten wir am 12. Februar 2017 besser Nein zu Olympia 2026 stimmen, damit das offizielle Graubünden aus den Wunschträumen erwacht und der Kanton Graubünden nicht in einem Albtraum landet.



Olympiakandidatur Graubünden?

Kantonale Abstimmung vom 12. Februar 2017

Olympia & Wirtschaft: Den wirtschaftspolitischen Spuk beenden!

Von Peter Peyer

So geht derzeit Bündner Wirtschaftspolitik: Man lanciere grossspurig ein Olympiaprojekt, lasse sich dieses mit kantonalen Steuermitteln finanzieren und gleichzeitig geheim erklären, bezeichne dann alle, die mehr Inhalt als Beschwörungsformeln an die «Kraft der 5 Ringe» wollen als «destruktive Stimmen», die «dünn und dümmlich argumentieren», gehe dann zu den Bündner Gemeinden und erwarte, dass diese noch die Abstimmungskampagne des Pro-Lagers finanzieren. Was die wirtschaftliche Elite des Kantons Graubünden derzeit abliefern, ist bedenklich. Zeit also, die harten Fakten abermals festzuhalten:

- Es gibt keine einzige Studie, die nachweist, dass Olympische Spiele eine nachhaltige positive ökonomische Wirkung haben. Nochmals: Keine einzige Studie! Auf welcher Basis die Olympiapromotoren mantoramässig das Gegenteil behaupten, ist schleierhaft.
- Seit 60 Jahren haben alle Olympischen Spiele mit einem Defizit abgeschlossen. Alle. Das immer wieder als Musterbeispiel bemühte Lillehammer wies ein Defizit von 457 Prozent aus. Auch gerne als Beispiel gebracht wird St. Moritz 1948. Die Gemeinde musste danach für 6 Jahre unter Kuratel (Finanzaufsicht) des Kantons gestellt werden. Ein geheimes Konzept ist

denkbar wenig geeignet, glaubhaft darzulegen, dass Graubünden wirklich fit für Olympia 2026 wäre.

- Das IOC übernimmt keinerlei finanzielle Haftung hinsichtlich Ausrichtung und Ablauf der Olympischen Spiele. Keine. Im IOC-Vertrag heisst es unmissverständlich: »Das NOK, das OK und die Gastgeberstadt haften gesamtschuldnerisch für alle Verpflichtungen.« Den Bündner Promotoren fehlen die Host-City und die Partner, die Kosten mitübernehmen. Der Bund hält sich bedeckt.

- Das dritte Jahr in Folge startet die Wintersaison schneelos. Im Klimabericht der Schweizer Akademien der Wissenschaft vom Herbst 2016 heisst es unzweideutig und einleitend: «Die Schneesaison wird sich in Zukunft um mehrere Wochen verkürzen und die Schneegrenze um mehrere hundert Meter ansteigen.» In hochgradiger Ignoranz aller klimatischen Fakten sollen nach dem Willen der Olympiapromotoren nochmals Milliarden in das wertschöpfungsarme Klumpenrisiko des industriellen Wintertourismus gepumpt werden.

Fazit: Die Wirtschaftsverbände und ihre Vertreter wollen Geld vom Staat für ein intransparentes Projekt, das auf alte Rezepte setzt und finanziell hochgradig toxisch ist. Es ist gut, wenn die Bündner Bevölkerung am 12. Februar 2017 diesen Spuk beendet.



Peter Peyer, Grossrat & Mitglied der grossrätlichen Vorbereitungscommission WAK, Trin

Olympiakandidatur Graubünden?

Kantonale Abstimmung vom 12. Februar 2017



Jacqueline von Arx, Geschäftsführerin Pro Natura Graubünden

Olympia & Natur: Kurzes Fest, langer Kater

Von Jacqueline von Arx

Für Natur und Landschaft im Kanton Graubünden erzielt ein überdimensionierter Sportanlass keine positiven Aspekte. Weil zahlreiche Baustellen, neue Erschliessungen und grosser Ressourcenverschleiss eine Belastung für die Bündner Bergwelt bedeuten. Die Natur braucht uns nicht, aber wir Natur und Landschaft. Auf den Werbeplakaten wird die Schönheit der Landschaft herausgestrichen, während ohne Unterlass wertvolle Lebensräume für immer neue Bauten und Anlässe geopfert werden. Die Baulobby reibt sich die Hände, doch keiner der zahlreichen internationalen Grossanlässe in Graubünden bringt einen Mehrwert für Natur und Landschaft. Hier wird ein Stück Wald gerodet, dort ein Moor trocken gelegt, das sei doch alles nicht so schlimm. Es sind über 1000 Baugesuche ausserhalb der Bauzone, die im Kanton Graubünden jedes Jahr eingereicht werden, hinzu kommen neue Strassenprojekte, neue Sesselbahnen, neue Umfahrungsstrassen, neue Kraftwerke.

Für Olympische Winterspiele wäre die Bauerei besonders absurd, weil die Investitionen für wenige Tage getätigt werden. Bestehende Anlagen müssten für den Megaevent aufgerüstet werden und vieles neu gebaut werden. Dabei wäre es falsch die ersten Olympischen Winterspiele

von 1924 als Vergleich heranzuziehen, denn damals wurden gerade Mal 16 Disziplinen ausgefochten, 2014 in Sotschi waren es deren 98. Die Spiele wurden seit der Entstehung vor 100 Jahren immer grösser und unvernünftiger was den Ressourcenverschleiss betrifft. Dabei wecken nicht nur die vielen benötigten Sportanlagen Ängste. Es ist zu befürchten, dass in Folge des internationalen Druckes auch Bauprojekte, etwa Hotelbauten, aus der Schublade gezogen werden, die einst als nicht umweltverträglich darin verschwunden sind.

Nichts rechtfertigt die erneute Abstimmung zu Olympischen Winterspielen, denn der Wintersport wird auch durch einen Grossanlass im Jahr 2026 nicht gerettet werden. Die letzten beiden milden Winter haben deutlich aufgezeigt, dass auf weisse Wintermonate kein Verlass mehr ist. Wieso alten Konzepten nachjagen, die sich nur noch mit technischen Hilfsmitteln und grossen Energie- und Wasserverschleiss realisieren lassen? Wieso während 10 Jahren lang Baustellen im Kanton betreiben, um funktionierende Infrastruktur für einen überdimensionierten Megaevent auszubauen, der nach ein paar wenigen Tagen schon wieder Geschichte ist und neben tonnenweise Abfall, Absperrgittern, Sonderparkplätzen vor allem Schuldenberge hinterlässt?



Olympiakandidatur Graubünden?

Kantonale Abstimmung vom 12. Februar 2017

Alternativen zu Olympia: Nationales Schneesport- zentrum auf der Lenzerheide

Von Sandra Locher Benguerel

Gross war die Freude unseres Kantons, dass sich die Lenzerheide gegen die übrigen Bewerbungen für ein nationales Schneesportzentrum durchgesetzt hatte und am besten bewertet wurde. Darauf folgte jedoch die Enttäuschung, dass das Nationale Schneesportzentrum Lenzerheide den Sparplänen im neuen Bundesparlament zum Opfer fällt. Die SP-Fraktion nahm den Ball auf und reichte einen Auftrag ein, denn sie sieht im Nationalen Schneesportzentrum Lenzerheide auch viele Vorteile gegenüber einer olympischen Kandidatur. Ein Nationales Schneesportzentrum führt zu einem direkten Nutzen für den einheimischen Breiten- und Spitzensport und die Jugend sowie Folgeinvestitionen und eine hohe Wertschöpfung über eine sehr lange Betriebszeit. Darüber hinaus ist es möglich, Eingriffe in die Natur umweltverträglich zu planen und durchzuführen.

Ein solches Zentrum würde es zudem vereinfachen, viele wiederkehrende Sportanlässe wie das Weltcup-Finale oder die Tour de Ski zu beherbergen. Deshalb forderte die SP Fraktion die Regierung auf, Varianten vorzulegen, wie ein solches Projekt durch den Kanton realisiert und betrieben werden könnte auch ohne oder mit einer geringeren Beteiligung des Bundes.

Erfreulicherweise war die Regierung in ihrer Antwort bereit, den Auftrag entgegen zu nehmen. Die Regierung erachtet den Standort Lenzerheide als ideal für ein Nationales Schneesportzentrum. Der Betrieb soll sich aber nicht auf den Winter beschränken, sondern ganzjährig aufrechterhalten werden. Im Sommer bieten sich Sportarten wie Sportklettern, Bergsteigen, Mountainbike oder Ballsportarten an.

In der Dezembersession wurde der Auftrag im Grossen Rat beraten. In derselben Session wie die Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026. Damit konnte die SP-Fraktion aufzeigen, dass sie sich mit dieser ganz konkreten Idee gezielt für die Sportförderung in unserem Kanton einsetzt. Die SP zeigte eine konkrete Alternative zur nachhaltigen Sportförderung der Kinder und Jugendlichen mit kantonaler und nationale Ausstrahlung auf. Während der Debatte des Auftrags wurde von allen Parteien die Wichtigkeit dieses Anliegens betont und der Auftrag stiess parteiübergreifend auf breite Unterstützung. So konnte die SP einen grossen Erfolg verzeichnen: Der Auftrag wurde einstimmig überwiesen.



Sandra Locher Benguerel,
Grossrätin, Chur

Olympiakandidatur Graubünden?

Kantonale Abstimmung vom 12. Februar 2017



Andri Perl, Grossrat, Chur

Alternativen zu Olympia: Ein Kulturkredit für Graubünden

Von Andri Perl

Im Februar behandeln wir im Grossen Rat ein neues Kulturförderungsgesetz für Graubünden. Wie ihr euch sicher erinnert, hat dieses Gesetz bereits in der Vernehmlassung hohe Wellen geworfen. Im Theater Chur fanden öffentliche Debatten dazu statt mit reger Beteiligung aus der Kulturszene und der Politik. Natürlich hat sich auch die SP als Kulturpartei sehr offensiv in die Debatte eingemischt und klare Forderungen an das neue Kulturförderungsgesetz öffentlich gemacht. Wichtig für uns war, dass die Regionen in der Kulturförderung mehr in die Pflicht genommen werden, dass die Regierung einen wiederkehrenden Kulturbericht als strategische Grundlage für die Förderung erarbeitet und vor allem: dass die Kultur insgesamt deutlich mehr Mittel erhält. Konkret haben wir gefordert, die bisher zwei Töpfe – gefüllt aus ordentlichem Budget und dem Landeslotteriefonds – um einen dritten Topf Kulturfördergeldern zu erweitern. Um einen grosszügigen Rahmenverpflichtungskredit, den der Grosse Rat über mehrere Jahre spricht. Das gibt der Kultur Handlungsspielraum und Planungssicherheit.

Mehr Kulturförderung durch die Regionen werden wir nun selbstverständlich auch im Grossen Rat einfordern. Zwar sind die Regionen

neu für die Sing- und Musikschulen verantwortlich, die Gemeinden für Bibliotheken und Museen. Aber auch Projekte und kulturelle Infrastruktur verdienen Förderung auf regionaler Ebene. Die Forderung nach einem Kulturbericht hat die Regierung ins Gesetz aufgenommen. Doch für die wichtigste Forderung, den Kulturkredit, müssen wir den grössten Effort leisten. Ohne zusätzliche Mittel nützt das beste Gesetz wenig.

Und in der Zwischenzeit hat die Idee des Kulturkredits wichtige AnhängerInnen. Vor wenigen Wochen haben sich viele Kulturschaffende, Verbände und die wichtigsten Kulturinstitutionen zu einer Kulturlobby zusammengeschlossen. Von Origen über die Fundaziun Nairs bis zu den Jodlerinnen. Das ist bemerkenswert. Zum ersten Mal spricht die Kultur in Graubünden mit einer Stimme. Und sie verleiht der Idee eines Kulturkredits Nachdruck – mittels Petition an den Grossen Rat.

Graubünden ist ein Kulturkanton. Dreisprachigkeit, lebendige Vereine und professionelles Schaffen in Musik und Theater, dazu bildende Kunst und Baukultur von Weltrenommee. Und die Entwicklung ist seit Jahren eindeutig: Die Kultur im Kanton wächst, sie gewinnt an Gehalt und sie bezahlt immer mehr Gehälter. Ein Kulturkredit ist eine Investition, die mit verhältnismässig geringen Mitteln viel auslöst. Er würde Graubünden spürbar revitalisieren.



NEIN zum Unternehmenssteuer Beschiss

Eidg. Abstimmung vom 12. Februar 2017

Keine Steuererhöhung für Normalverdienende

Von Enea Baselgia

Die Unternehmenssteuerreform III ist sicher die komplexeste und die teuerste Steuerreform aller Zeiten. Bereits heute sind Ausfälle von jährlich über 3 Milliarden Franken bekannt. Wie bei der USR II wird auch diese Reform in Wirklichkeit viel teurer sein. Es profitieren vor allem reiche ausländische Aktionäre. Zahlen müssen wir alle – mit höheren Steuern oder schlechteren öffentlichen Leistungen. Jeden Steuerpflichtigen kostet die USR III mehr als 550 Franken jährlich. Dass die Bürgerlichen mit unserem Geld so leichtfertig umgehen, ist ein Skandal.

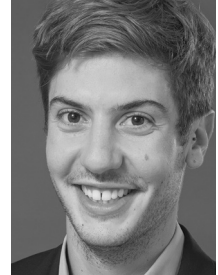
Die ursprüngliche Idee der USR III war gut. Ziel der Reform war es, die Steuerprivilegien für Konzerne und Rohstoffhändler endlich abzuschaffen, um die internationale Akzeptanz des Schweizer Steuersystems wieder herzustellen. Damit würden alle Firmen in der Schweiz gleich besteuert. Die rechte Mehrheit im Parlament beschränkte sich jedoch nicht auf diese notwendige Anpassung. Sie erfüllte fast jeden Wunsch von Economiesuisse & Co. Die jetzt vorliegende USR besteht aus zwei Kernelementen:

- Einer allgemeinen Reduktion der kantonalen Steuersätze für alle Unternehmen. Jene, die bis anhin keine Privilegien hatten, profitieren nun je nach Kanton von zum Teil erheblichen

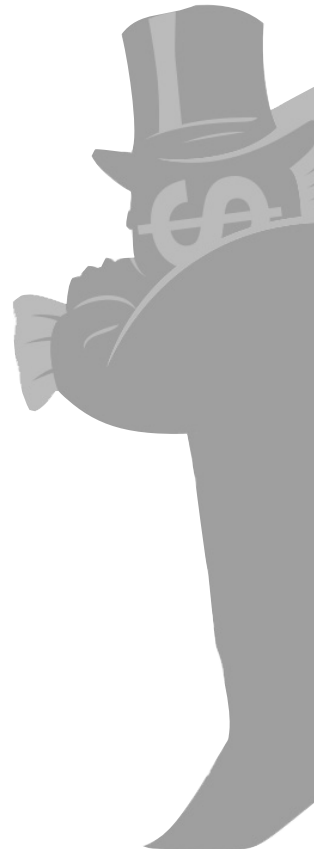
Steuersenkungen. Die enormen Mitnahmeeffekte werden die bereits angespannten öffentlichen Haushalte massiv belasten. Insgesamt sinken die kantonalen Gewinnsteuern von heute 20.5 auf neu rund 15.5%.

- Die Tool-Box setzt sich aus einer Reihe von komplizierten und undurchsichtigen Steuerinstrumenten (Inputförderung, zinsbereinigte Gewinnsteuer, Patentbox, Step-Up) zusammen. Diese Instrumente werden dazu führen, dass die Unternehmenssteuern noch weiter sinken – sie wirken also kumulativ zur allgemeinen Steuersenkung. Um eine Nullbesteuerung zu verhindern, wurde eine maximale Entlastung von 80% festgesetzt. Trotz Entlastungsbegrenzung werden die Gewinnsteuern auf ein Rekordtief sinken und deshalb bei Bund, Kantonen und Gemeinden zu deutlichen Mindereinnahmen führen.

Profiteure der USR III sind die Eigentümer von Firmen, d.h. vor allem die Aktionäre der grossen Unternehmen. Die meisten KMU hingegen haben nichts davon. Sie zahlen schon heute fast keine Gewinnsteuern, da sie nur bescheidene Gewinne erwirtschaften. Über zwei Drittel aller Firmen in der Schweiz bezahlen zusammen lediglich einen Anteil von 0.18% an die direkte Bundessteuer. Der grösste Teil der Gewinne fällt bei internationalen Konzernen, Rohstoffhändlern, Grossbanken und Versicherungen an. Es sind die Aktionäre dieser Grosskonzerne, die sich dank der



Enea Baselgia, Gemeinderat und wiss. Mitarbeiter SGB, Domat/Ems





Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole**.

USR III künftig noch mehr Gewinne ausbezahlen können. Der grosse Teil dieser Gewinne wird kaum in der Schweiz bleiben, sondern ins Ausland abfliessen, denn 70-80% der Aktionäre der grossen Schweizer Unternehmen wohnen im Ausland.

Das Steuergeschenk bezahlen am Schluss die Arbeitnehmenden, Familien, SchülerInnen und RentnerInnen über höhere Steuern oder über den Abbau von Leistungen. Dabei folgt bei Bund und Kantonen schon heute ein Sparpaket auf das andere. Der Spardruck wird vor allem Städte und Gemeinden treffen, denn sie erhalten im Gegensatz zu den Kantonen kein Geld vom Bund, um die Gewinnsteuern zu senken. Einige Städte und Gemeinden haben die Konsequenzen bereits detailliert aufgezeigt: weniger Polizisten, steigende Parkplatzgebühren, teurere Kinderkrippen, usw. Diese Aufzählung ist keine Angstmacherei. Sie ist bereits bittere Realität. Im Kanton mit den tiefsten Unternehmenssteuern – in Luzern – sind aufgrund von massiven Steuersenkungen hohe Defizite entstanden. Um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, werden die Steuern für Privathaushalte erhöht und die Ausgaben des Kantons rigos gekürzt. In Luzern wurden sogar Lehrpersonen samt Schüler in die Zwangsferien geschickt, um ein paar Franken zu sparen.

Die Unternehmen profitierten bereits in den letzten Jahren von enormen Steuersenkungen. Sie zahlen heute

im Schnitt insgesamt rund 5 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2000 – statt 24.5% (2000) nur noch 20.5% (2015). Gut ausgebildete Fachkräfte, zeitgemässe Infrastruktur, hochstehende Forschung, funktionierende Verwaltungen und Rechtssicherheit sind im Standortwettbewerb viel entscheidender als tiefe Steuern. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist in diesen Bereichen einzigartig und bildet die Grundlage für unser hohes Wohlstandsniveau. Die USR III greift jedoch genau dieses Erfolgsmodell an. Das zeigen die bisherigen Steuersenkungen in den Kantonen sehr deutlich. Ausser einer gähnenden Leere in den Staatskassen haben sie nichts gebracht. Weitere Milliarden Schweizer Steuergelder in den Taschen ausländischer Grossaktionäre nützen dem Standort Schweiz nichts. Für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft sind Investitionen in die Schweizer Bevölkerung und Infrastruktur hingegen zentral. Mit einem NEIN zur USR III machen wir den Weg frei für eine faire und ausgewogene Reform.





Erleichterte Einbürgerung – JA!

Eidg. Abstimmung vom 12. Februar 2017

Erleichterte Einbürgerung der 3. Ausländergeneration

Von Tamara Gianera

Den Ursprung hat diese Vorlage in einer parlamentarischen Initiative von SP-Nationalrätin Ada Marra im Jahr 2008. Allerdings wurde sie damals wegen der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes auf Eis gelegt. 2014 nahm man die Beratung wieder auf. Der dritten Ausländergeneration sollte die erleichterte Einbürgerung ermöglicht werden. Für Kinder sollte von Geburt an die Staatsbürgerschaft beantragt werden können, ausserdem sollte auch die Integration nicht in jedem Fall geprüft werden müssen. Die Gegner befürchteten da schon, dass die Kantone damit ihre Entscheidungskompetenz verlieren würden und argumentierten, dass sich diese Personen ohnehin einbürgern lassen könnten – ordentlich. Und, 2004 sei eine «ähnliche» Vorlage schliesslich vom Volk bereits abgelehnt worden. Jene ging allerdings ein ganzes Stück weiter. Sie forderte die erleichterte Einbürgerung von Personen der zweiten Generation (mit 51 % abgelehnt) sowie die automatische der dritten (mit 57 % abgelehnt). Diese Niederlage war für mich als damalige Ausländerin der zweiten Generation der Auslöser, politisch aktiv zu werden und der Juso beizutreten. Was wir jetzt vor uns haben ist aber eine wesentlich abgeschwächte Version dessen. Worüber stimmen wir genau ab? Das neue Gesetz, das nach der Verfassungsänderung in Kraft tritt, sieht zwar die

erleichterte Einbürgerung der dritten Ausländergeneration vor, diese muss aber nach wie vor beantragt werden. Es gibt also keinerlei Automatismus. Und folgende Bedingungen müssen erfüllt sein:

Die Person muss:

- zwischen 12 und 25 Jahre alt sein,
- in der Schweiz geboren sein,
- mind. 5 Jahre die obligatorische Schule besucht haben
- und die Niederlassungsbewilligung haben.

Ein Elternteil muss:

- mind. 10 Jahre Aufenthalt in der Schweiz gehabt haben,
- mind. 5 Jahre die obligatorische Schule besucht haben
- und die Niederlassungsbewilligung gehabt haben.

Ein Grosselternteil muss:

- das Aufenthaltsrecht in der Schweiz gehabt haben oder in der Schweiz geboren sein und dies mit amtlichen Dokumenten glaubhaft machen können.

Es handelt sich bei dieser Abstimmung um keine weltbewegende Veränderung, keine revolutionäre Errungenschaft. Es ist ein mickriger Kompromiss, das einzige, worauf sich das Parlament einigen konnte. Wobei das in Zahlen bedeutet, dass der Nationalrat mit 122:75 zustimmte und der Ständerat mit 25:19. Und doch wäre die Annahme ein bedeutsamer Ausdruck der Anerkennung und des Respekts gegenüber der ausländischen Bevölkerung. Eine Ablehnung käme einer Ohrfeige gleich für die Menschen, denen die Schweiz Heimat ist.



Tamara Gianera,
Geschäftsleitungsmitglied
SP GR, Chur

Der Parteivorstand der
SP Graubünden fasste
einstimmig die **JA-Parole**

Strassenfond NAF – NEIN!

Eidg. Abstimmung vom 12. Februar 2017



Silva Semadeni, Nationalrätin SP GR, Chur

Der Parteivorstand der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole.**

NAF: Kein weiterer Raubzug auf die Bundeskasse

Von Silva Semadeni

Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz ist wichtig für die Schweiz. Um die wachsende Mobilität zu bewältigen, braucht es eine intelligente Nutzung der bestehenden Infrastruktur und auch mehr Geld. Der Verkehr muss besser gelenkt, das Verkehrswachstum eingedämmt werden. Prioritär sind dabei Investitionen in den öffentlichen Verkehr sowie in Veloinfrastrukturen und Fusswege. Die Agglomerationsprogramme können aber auch ohne „Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds“ (NAF) weitergeführt werden. Es braucht keinen neuen, unbefristeten Fonds für die Finanzierung des Strassenverkehrs. Mit dem NAF wird gegenüber heute eine zusätzliche Milliarde pro Jahr dafür reserviert - auf Vorrat. So droht der Schweiz eine Strassenoffensive. Der NAF zieht nämlich ein Autobahnausbauprogramm nach sich. So wird die Landschaft weiter zubetoniert und zerschnitten. Mehr Strassen führen zu mehr Verkehr, worunter auch das Klima und die Gesundheit vieler Menschen leiden. Die SP meint, dies ist nicht die richtige Strategie.

650 Mio. Franken werden dem Bund fehlen!

Die zusätzlichen Beiträge für die Nationalstrassen muss der Bund beisteuern. Mit einer Erhöhung von lediglich 4 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel kommen die Verkehrs-

verursacher praktisch ungeschoren davon. Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament hat entschieden, dass die gesamten Erträge aus der Automobilsteuer wie auch 10 Prozent der Einnahmen aus der Mineralölsteuer nicht mehr in die Bundeskasse sondern in den NAF fliessen, jährlich 650 Millionen Franken. Der Bundeskasse wird so, nach der haushohen Ablehnung der „Milchkuh-Initiative“, trotzdem eine halbe „Milchkuh“ entzogen. Das ist besonders gefährlich, denn schon heute stehen zu wenige Bundesgelder bereit, beispielsweise für S-Bahnen und Regionalzüge. Das Parlament hat bereits Sparübungen beschlossen, die viele Bereiche hart treffen. Im schlimmsten Fall kommen weitere Einnahmefälle in Milliardenhöhe dazu, falls die Unternehmenssteuerreform III angenommen wird. Aber: Dank dem NAF figurieren die Ausgaben für die Nationalstrassen nicht mehr in der Bundesrechnung und unterliegen somit keiner Sparmassnahme. Dies im Gegensatz zu den Beiträgen an den kombinierten Schienengüterverkehr oder an die Finanzierung der Hauptstrassen in Berggebieten, was auch für unseren Bergkanton nicht von Vorteil ist.

Die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen. Der grosszügige Ausbau des Strassennetzes gehört aber nicht dazu. Darum stimmen wir Nein am 12. Februar 2017.



Blog

Die nicht gehaltene Olympia-Rede

Von Hansruedi Schiesser

Sehr geehrter Herr Standespräsident, ...

Wir werden unseren Charme und unser Charisma (Hände im Aktivmodus a la Trump) **einsetzen um unser Ziel zu erreichen: Olympische Winterspiele 2026. Und jetzt** (sehr laut und freudig ausrufen) **Lassen wir uns unsere Feierlaune nicht verderben** (die Jahresberichte der Bergbahnen sprechen doch für sich). **Wenn nicht wir, wer denn sonst?** (Haben wir doch nur ein 1 Jahr gebraucht um die Absage der Zürcher zu erhalten) **Aber jetzt haben wir ja wieder ein Konzept ...** (das wir einfach nicht zeigen dürfen). **Unter dem Hurra unserer Enkelsöhne wird Graubünden so in die ewigen Annalen** (der Schuldnerländer) **eingehen und auf der Prominentenskala** (auf FIFA Höhe) **zu landen. «Nicht mit dem Graben nach Gold, mit dem Verkaufen der Schaufel macht man das Geld.» sagen unsere Berater...genau das wollen wir** (uns lebenslänglich einfach bewerben...).

Wir schaffen das (ja, nach dem Februar wahrscheinlich: ab).

Wenn der schönste Kanton der Schweiz (Kunstpause) **sich bemüht, alle zweit schönsten Kantone der Schweiz im Rennen um Olympia**

2026 auszusteichen, und man dann die besten Kräfte (also den Grossen Rat? haha) **mobilisiert, so muss das klappen. Die Kampagne «Ich bin fit für Olympia»** (wer jetzt? der Lebrument?) **wird das** (taube) **Stimmvolk überzeugen. Jeder ausgebildete Touristiker auf der Welt** (also inklusive durchgeknallte Diktatoren wie Putin oder Blatter) **weiss, dass ein Olympisches Winterspiel das grosse Wertschöpfungslos sind** (also so ein wertschöpfungsloses Kamikaze-Manöver). **Und grün muss man heute eh sein** (mindestens nachhaltig hinter den Ohren) **und neu auch digital** (banal). **Tokio hat bewiesen, dass man sich als grünste Spiele bewerben sollte** (und will mit IOC-Anleitung 3 mal mehr ausgeben). **Wir wollen die Spiele** (jetzt brauch ich ein Glas Wasser).

Wir werden nichts bauen müssen (ausser ca. 10 000 Betten für Teilnehmer, Funktionäre und Media, Helfer und Polizisten und einige Eisstadion in Zürich) **und nichts muss abgebaut werden** (höchstens die Defizite). **Das wirft dann endgültig die Scheinwerfer auf** (die Nullsummenspiele) **diese geniale Olympia-Bewerbung. Wir brauchen** (wie immer) **Gemeinsinn und Unternehmerverantwortung.** (Blick in die Zuschauerrunde). **Weil es allen nützt** (vor allem den sich selbststeuernden Funktionären).

Weitblick braucht's (Rückblick tuts zwar offenbar bei Euch meist auch). **Die durchstartenden Inder, Chine-**



Hansruedi Schiesser ist Ökonom (lic. oec. HSG), Tourismusexperte und Autor. Er lebt in Chur.

Dieser Beitrag erschien auf Hansruedi Schiessers Blog. Wer mehr aus der humorvoll-kritischen Küche lesen möchte: www.schiessersconcepts.ch/



sen und Kasachen werden neue Gäste (jetzt haben wir doch Jahre damit verbraucht den falschen Mond anzujaulen). **Die wollen wir jetzt auf dem Konkurrenzbein erwischen. Die haben ja auch schon lauter neue Skigebiete. Und unsere Skigebiete wollen ja auch noch mehr Kanonen** (G-so-a-Scheiss, wer hat das jetzt da reingeschrieben?).

Wir, (die üblichen Verdächtigen) **sind zusammengekommen** (Beifall und Applaus abwarten), **die cleversten von uns** (Mutanten aus der 48er Olympiade?) **sind dabei. Wir schaffen das** (ja, nach dem Februar wahrscheinlich: ab). **Ich danke Euch für das Vertrauen** (besorgtes Gesicht machen).

Schon wieder Geld verschwenden?

Wir sind doch nicht blöd!



**Olympia
Zwängerei**

NEIN



Leute: Anita Caflich Müller

Concret: Du bist Ende November mit einem Glanzresultat in den Gemeinderat von Domat/Ems gewählt worden. Was hat dich in die Lokalpolitik gelockt?

Anita Caflich Müller: Wer sich für den Menschen, sein Verhalten in der Gesellschaft interessiert und darüber diskutiert, verhält sich schon politisch. Und dann führt das eine zum anderen. Ich stehe Silvia Bisculm Jörg sehr nahe. Sie hat mich sozusagen in die Partei gebracht. Ihr Werdegang und besonders ihre Wahl in den Gemeindevorstand waren für mich Motivation, mich ebenfalls auf Gemeindeebene einzubringen.

Und davor? Wie wurdest du zum politischen Menschen?

Ich bin in Domat/Ems aufgewachsen. Gusti Ott war mit seinem Engagement im Asylwesen immer ein Vorbild für mich. Dieser Einsatz für die Menschlichkeit hat mir imponiert. Ausserdem stamme ich aus einer Familie, die es nicht immer nur einfach hatte. Soziale Gerechtigkeit ist für mich keine hohle Phrase – wir mussten kämpfen. Und wenn ich sehe, wie gerade auf nationaler Ebene wieder ein rauer Wind weht in der Sozialpolitik, mache ich mir schon Gedanken.

Was mich ebenfalls geprägt hat, sind die Erfahrungen, die ich als Medizinerin zu den dunkelsten Zeiten des Drogenproblems auf dem Platzspitz machte. Wir leisteten freiwillig Hilfe. Wenn wir die Ambulanz riefen, wollten sich die Sanitäter in hohen Gummistiefeln teilweise nicht einmal mehr die Mühe machen, rasch die

Vitalfunktionen der Patienten zu prüfen. Ich habe mich eigentlich immer schon engagiert, sei es gegen Waffenplätze oder für Menschen mit Behinderung in der Giuvaulta oder indem ich ein Programm für Kinder mit Übergewicht lanciert habe. Nun engagiere ich mich einfach erstmals in der Partei.

Das freut uns natürlich! In welche Politikfelder zieht es dich am meisten?

Als Ärztin liegt mir die Gesundheitspolitik am Herzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem auf eine Zweiklassenversorgung hinausläuft und nur noch anständig behandelt wird, wer den nötigen Stütz hat. Auf Gemeindeebene interessieren mich aber auch Sozial- und Bildungspolitik sehr. Mit der Bildungspolitik fängt alles an, dort bauen wir das Fundament der Gesellschaft.

Jetzt sind wir natürlich noch neugierig, was dein Rezept für einen derart erfolgreichen Wahlkampf war.

Ich habe zu sehr vielen Menschen in Domat/Ems eine persönliche Beziehung. Und zwar zu Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten. Ich glaube, die haben mich als jemand wahrgenommen, die einerseits durchzieht, was sie sagt, und andererseits immer versucht, alle auf dem Weg mitzunehmen. Als Ärztin werde ich als Vertrauensperson wahrgenommen.



Anita Caflich Müller,
Domat/Ems

Anita Caflich Müller,
neugewählte SP-Gemeinderätin und Hausärztin,
Domat/Ems



Pascal Pajic, Co-Präsident
JUSO Graubünden, Chur

Kapital statt Arbeit besteuern – die neue Initiative der JUSO Schweiz

Von Pascal Pajic

Die meisten Menschen arbeiten: Die Lehrerin, der Krankenpfleger, die Fabrikarbeiterin, aber auch alle, die Care-Arbeit betreiben - sie alle leisten einen Beitrag an die Gesellschaft. Viele erhalten für ihre geleistete Arbeit gar nichts, andere erhalten einen – oft zu tiefen – Lohn. Diese Löhne werden als Arbeitseinkommen bezeichnet. Es gibt aber auch Menschen, die tragen nichts zur Gesellschaft bei und werden trotzdem reicher. Menschen, die von sogenanntem Kapitaleinkommen profitieren, erhalten Zinsen auf ihr sowieso schon gewaltiges Vermögen oder profitieren davon, dass sie ihre Immobilien noch teurer vermieten können. Wie ist das möglich? Diese wenigen AbzockerInnen können ihr Geld für sich «arbeiten» lassen. Nur, das Problem dahinter ist: Geld arbeitet nicht, Menschen arbeiten.

Was diese winzige Elite macht, ist Raub: Das Geld, das in ihre Taschen fließt, wird von den restlichen 99% der Bevölkerung erarbeitet und fehlt dann bei deren Löhnen. Hier tritt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit offen zu Tage. Der durch Arbeit erschaffene Mehrwert geht nicht zu denen, die ihn tatsächlich geschaffen haben, sondern zu denen, die besitzen. Dies wiederum gibt den Besitzenden mehr Macht. Der Prozess ist ein Selbstläufer: Je mehr

Vermögen jemand hat, desto mehr Kapitaleinkommen kann diese Person generieren, desto mehr Vermögen hat sie – und desto mehr Geld fehlt bei der Bevölkerung. Die Perversion dieses Systems zeigte sich am Beispiel der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009: Während die Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern auf ein Rekordhoch stieg, während massenweise Menschen ihre Jobs und Häuser verloren und während riesige Banken mit Milliarden vom Staat gerettet werden mussten, steigerten die Reichen ihren Reichtum sogar noch.

Darum fordern wir mit der Initiative einen Paradigmenwechsel im Schweizer Steuersystem: Wir holen das Geld dort, wo es ist. Dafür schaffen wir auf Verfassungsebene eine Definition von Kapitaleinkommen und schreiben vor, dass dieses mit einem Faktor von 1.5 besteuert wird. Mit der Initiative zeigen wir einen gewaltigen Widerspruch unseres Systems auf. Ein Widerspruch, welcher auf dem Unterschied zwischen Lohnabhängigen und Superreichen fußt. Wir zeigen mit dem Finger auf diejenigen, welche sich auf dem Buckel der arbeitenden Bevölkerung bereichern und bieten gleichzeitig eine einfache, realistische Lösung – ohne Radikalität einzubüssen.

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 12. Februar 2017

Kant. Vorlagen:

Olympia-Zwängerei **NEIN**

Eidg. Vorlagen:

NAV **NEIN**

USR III **NEIN**

Erleichterte Einbürgerung

3. Generation **JA**



Im November 2016 starb nach längerer Krankheit Jürg Passarge, langjähriger Regionalredaktor der «Bündner Zeitung» resp. der «Südostschweiz». Jürg verstand sich zeitlebens als Sozialdemokrat, auch wenn er aufgrund seiner Redaktionstätigkeit zum «Passivmitglied» verknurrt wurde. In jungen Jahren war Jürg Eisenwarenhandler und politisch sehr aktiv. So gehörte er während mehrerer Jahre der Geschäftsleitung der SP Graubünden an. Er war Presseverantwortlicher, heute würde man dies Mediensprecher nennen. Als im April 1976 die «SP-Nachrichten» als Mitteilungsblatt der Kantonalpartei lanciert wurden, gehörte Jürg Passarge während rund zwei Jahren dem Redaktionsteam an. Schon 1974 war «Der rote Steinbock» erschienen, ein Mitteilungsblatt der SP Chur. Der Leitartikel der ersten (und einzigen!) Ausgabe stammte von Jürg Passarge. Er titelte damals «Informationsnotstand trotz Massenmedien». In jenen Jahren gab es in Graubünden einzig drei stockbürgerliche Tageszeitungen. Deshalb war es Jürg ein grosses Anliegen, in der Bündner Presselandschaft auch der politischen Linke eine Stimme zu verschaffen. Wer Jürg kannte und mit ihm zusammenarbeiten durfte, behält ihn als warmherzigen, weltoffenen Genossen in Erinnerung.

lungsblatt der SP Chur. Der Leitartikel der ersten (und einzigen!) Ausgabe stammte von Jürg Passarge. Er titelte damals «Informationsnotstand trotz Massenmedien». In jenen Jahren gab es in Graubünden einzig drei stockbürgerliche Tageszeitungen. Deshalb war es Jürg ein grosses Anliegen, in der Bündner Presselandschaft auch der politischen Linke eine Stimme zu verschaffen. Wer Jürg kannte und mit ihm zusammenarbeiten durfte, behält ihn als warmherzigen, weltoffenen Genossen in Erinnerung.

Martin Jäger

Abo-Beitrag 2017

Um das concret weiterhin erhalten zu können, sind wir auf euren Abo-Beitrag angewiesen.

Der Mindestbeitrag für die Kostendeckung beträgt CHF 15.00 pro Jahr, der Unterstützungsbeitrag CHF 30.00 pro Jahr. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per e-banking einzahlen.

Wir danken euch ganz herzlich für eure Treue und Unterstützung!

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

1/2017

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer
(Redaktionsleitung),
Stefan Grass, Silvia Modalek,
Andri Perl
Versand: Peter Montigel,
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG,
Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2017:
4. April 2017